

## Bericht des Amtsdirektors zur Sitzung des Amtsausschusses am 12. November 2019

- Informationen zum Kindertagesförderungsgesetz hat es in den vergangenen Monaten ausreichend gegeben. Im parlamentarischen Verfahren ist keine Verbesserung hinsichtlich der kommunalen Entlastung mehr zu erwarten. Die Arbeit zur Umsetzung des Gesetzes zum 01.08.2020 hat zwischenzeitlich begonnen. Der Kreis hat daher alle Bürgermeister zu einer entsprechenden Informationsveranstaltung eingeladen.
- Die Gespräche der Landesregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden zum kommunalen Finanzausgleich wurden vor einigen Wochen mit der Begründung abgebrochen, dass das Land seine eigenen Bedarfe höher gewertet haben soll, als die Bedarfe der Kommunen, so dass nicht ausreichend Geld in das System gegeben werden sollte.

Das vorliegende Gutachten bestätigt die Auffassung, dass eine Orientierung nach Ausgaben nicht mit einer Aufgabenorientierung einhergeht. Es wird auch festgestellt, dass eine Zentralörtlichkeit nicht nur Kosten verursacht, sondern auch Skaleneffekte bringt (geringere Kosten bei höheren Mengen). Ferner soll es flächen- und raumbezogene Indikatoren wie Gemeindefläche/Siedlungsstruktur und Straßenlängen geben. Im Gegenzug könnte die Förderung von Straßenbaumaßnahmen wegfallen.

Die Auswirkungen auf unsere Kommunen stellen sich je nach Modell wie folgt dar:

| Gemeinde         | Modell 1            | Modell 2            | 0,95 Modell 1       | 0,95 Modell 2       |
|------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|
| Altenhof         | 943,30 €            | -2.123,40 €         | -4.573,60 €         | -6.823,40 €         |
| Barkelsby        | 10.600,40 €         | -9.312,00 €         | -23.205,80 €        | -43.146,20 €        |
| Brodersby        | 39.931,60 €         | 27.377,10 €         | 22.893,20 €         | 10.335,10 €         |
| Damp             | 73.673,12 €         | 42.467,20 €         | 34.726,40 €         | 4.149,30 €          |
| Dörphof          | 70.230,90 €         | 59.699,80 €         | 49.267,20 €         | 38.572,90 €         |
| Fleckeby         | 12.675,60 €         | -18.004,50 €        | -37.073,60 €        | -67.789,20 €        |
| Gammelby         | 56.964,80 €         | 47.640,60 €         | 41.889,60 €         | 32.465,20 €         |
| Goosefeld        | 90.314,20 €         | 76.073,80 €         | 70.347,90 €         | 56.101,30 €         |
| Güby             | 45.868,10 €         | 37.681,10 €         | 25.985,50 €         | 17.827,50 €         |
| Holzdorf         | 34.995,50 €         | 25.203,80 €         | 14.528,40 €         | 4.710,30 €          |
| Hummelfeld       | 16.671,70 €         | 13.599,80 €         | 9.668,10 €          | 6.586,10 €          |
| Karby            | 5.288,80 €          | -3.611,50 €         | -8.164,50 €         | -16.703,10 €        |
| Kosel            | 48.666,00 €         | 32.778,40 €         | 15.527,90 €         | -402,20 €           |
| Loose            | -50.223,10 €        | -57.330,10 €        | -67.038,00 €        | -74.170,50 €        |
| Rieseby          | 141.594,00 €        | 104.805,70 €        | 66.918,40 €         | 29.541,40 €         |
| Thumbby          | 29.307,40 €         | 28.341,80 €         | 18.323,90 €         | 17.326,30 €         |
| Waabs            | 128.313,00 €        | 107.597,20 €        | 90.555,10 €         | 69.801,70 €         |
| Windeby          | 24.867,90 €         | 10.751,20 €         | 675,70 €            | -13.461,50 €        |
| Winnemark        | 66.334,60 €         | 57.088,70 €         | 50.513,00 €         | 41.156,70 €         |
| <b>Summe Amt</b> | <b>847.017,82 €</b> | <b>580.724,70 €</b> | <b>371.764,80 €</b> | <b>106.077,70 €</b> |
| nachr.: E förde  | -629.918,10 €       | -428.691,60 €       | -1.222.135,70 €     | -1.023.690,30 €     |

Es sind jedoch noch deutliche Veränderungen zu erwarten. Neben der zusätzlichen Geldforderung an das Land spielt die Bedarfsermittlung für die unterschiedlichen Kommunen eine wesentliche Rolle bei der Finanzverteilung. Nach dem Gutachten erhalten (unsere) Nicht-Zentralen Gemeinden danach tendenziell in der Summe jährlich mehr Finanzmittel und ländliche Zentralorte, Unterzentren und Mittelzentren deutlich weniger. Mit diesem Gutachterergebnis sind die Landesregierung und wohl auch die meisten kommunalen Spitzenverbände nicht einverstanden, so dass Verschiebungen zu den zentralen Orten zu erwarten sind; d. h., die vorstehende Tabelle würde sich für unsere Gemeinden noch negativ entwickeln. Unterhalb der Nicht-Zentralen Gemeinden gibt es deutliche Verschiebungen (lt. Tabelle 0,95, Modell 1 bspw. Waabs +90.000 €, Loose -67.000,00 €) zum bisherigen System, da künftig nicht nur die Einwohnerzahl zählt, sondern u. a. auch die Flächengröße, die Gemeindestraßenlänge und die Kinderzahl in die Wertung einfließen sollen. Derzeit kämpfen die kommunalen Spitzenverbände (Städtetag, Städtebund, Landkreistag und Gemeindetag) sinnvoller Weise gemeinsam mit dem Land um mehr Geld. Hinter den Kulissen nimmt aber natürlich auch die Diskussion um die Verteilung innerhalb der kommunalen Ebene an Fahrt auf. Hierbei werden wir uns nicht nur auf unseren Spitzenverband berufen können, da er auch den Großteil der zentralen Orte zu vertreten hat. Ich treffe mich daher mit weiteren Ämtern, die ausschließlich Nicht-Zentrale-Orte verwalten, am 20. November 2019 mit dem Fachanwalt für Verwaltungsrecht Prof. Dr. Matthias Dombert. Er soll uns im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens begleiten. Dies ist zwingend erforderlich, da es vermutlich um ein Gesetzesvorhaben geht, welches die Existenzfähigkeit der Kommunen für die nächsten Jahrzehnte bestimmen wird.

- Das Umweltministerium hat mich zur Auftaktveranstaltung „Strategie Ostseeküste 2100“ eingeladen. Der Fokus soll infolge des Klimawandels auf den Bereichen Küstenschutz, Tourismus und Naturschutz liegen. Unsere Gemeinden werden hierbei gefordert sein, ihre Belange und ihre Situationen fachlich einzubringen. Ich werbe auch daher noch einmal um die Teilnahme an der Klimaschutzagentur, welche in den nächsten Monaten gemeinsam vom Kreis und den Gemeinden gegründet werden soll.
- Am 31.08./01.09. hat das Amt mit Bürgermeister\*innen und Mitarbeitern engagiert am „**Lauf ins Leben**“ in Eckernförde teilgenommen.

Gunnar Bock